
2.1 Alle Bilanzierenden

Grundsätzlich sind von der E-Bilanz alle bilanzierenden Unternehmen betroffen. Aber es lohnt sich, genau zu unterscheiden, nach welchen Regeln man Bilanzen erstellt und Bücher führt. Je nachdem gelten handelsrechtliche **und** steuerrechtliche Regelungen oder **nur** steuerrechtliche Regelungen.

2.2 Bilanzierende nach ausschließlich steuerrechtlichen Regeln (§ 4 Abs. 1 EStG)

Eine Bilanz nach steuerrechtlichen Regeln muss erstellen, wer kein Gewerbetreibender ist. Hierunter können fallen

- Land- und Forstwirte
- Freiberufler

Landwirte müssen bilanzieren, wenn sie einen dieser Werte nach § 141 Abgabenordnung (AO) übersteigen:

- Gewinn über 50.000 EUR
- Umsatz über 500.000 EUR
- Wirtschaftswert selbstbewirteter land- und forstwirtschaftlicher Flächen von über 25.000 EUR.

Außerdem fallen Landwirte unter diese Regelung, die freiwillig Bücher führen und ihren Gewinn nicht nach § 13a EStG ermitteln.

Freiberufler sind von diesen Größenklassen ausdrücklich nicht betroffen – Entwarnung beispielsweise für Ärzte, Architekten, Rechtsanwälte und Steuerberater. Diese können unabhängig von Umsatz und Gewinn Einnahmen-Überschuss-Rechnungen anfertigen und müssen sich um E-Bilanzen nicht kümmern. In einigen Fällen entscheiden sich Steuerpflichtige auch zur **freiwilligen Bilanzierung**, weil sie genauere Informationen über den Stand des Unternehmens liefert. Wer freiwillig einen Betriebsvermögensvergleich nach § 4 Abs. 1 EStG erstellt, muss diesen auch elektronisch übermitteln.

Wer nur nach steuerrechtlichen Vorschriften bilanziert, muss keine Rücksicht auf unterschiedliche Wertansätze in Handels- und Steuerbilanz nehmen. Nur die steuerlichen Werte werden übermittelt. Eine Überleitungsrechnung von Handels- auf Steuerbilanz entfällt.

Gewinnermittler nach § 4 Abs. 1 EStG müssen auch keinen Anhang und keinen Lagebericht erstellen. Auch hier entfällt damit die Frage nach der elektronischen Übermittlung. Lediglich die Stammdaten und die Daten der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung (GuV) müssen übermittelt werden.

2.3 Bilanzierende nach handelsrechtlichen Vorschriften (§ 5 EStG): Kaufleute

Das Handelsrecht sieht die Erstellung einer Bilanz für Kaufleute vor. Das sind beispielsweise Unternehmen mit den Rechtsformen

- Eingetragener Kaufmann,
- Unternehmungsgesellschaft,
- GmbH,
- KG
- OHG,
- Kommanditgesellschaften auf Aktien,
- Eingetragene Genossenschaften,
- AG,

aber auch die Mischformen wie GmbH & Co. KG, Ltd. & Co KG, ApS & Co. KG etc. Eine Buchführungspflicht ist hier leicht abzuleiten, da alle diese Gesellschaften schon der Rechtsform wegen im Handelsregister eingetragen sind. Darüber hinaus trifft die handelsrechtliche Buchführungspflicht aber auch andere.

Das Handelsgesetzbuch verpflichtet alle Kaufleute zur Buchführung. Gemäß § 1 Abs. 2 HGB ist derjenige Kaufmann, wer ein Handelsgewerbe betreibt. Wenn dieses Gewerbe keinen „in kaufmännischer Weise eingerichteten Geschäftsbetrieb“ benötigt, dann ist die Kaufmannseigenschaft nicht gegeben. Wann ein Gewerbe einen solchen Geschäftsbetrieb benötigt, folgt keinen festen Größenkriterien. Entscheidend ist das Gesamtbild.

Urteilsbeispiele zur Kaufmannseigenschaft

Einige Urteile bieten Orientierungsmöglichkeiten: So sah das OLG Koblenz die Kaufmannseigenschaft bei einem Damenoberbekleidungsgeschäft mit 230.000 DM Umsatz, Anlagevermögen von 6.000 DM und einem Warenbestand von 102.000 DM als erfüllt an (OLG Koblenz, 7.4.1988, Az. 5 U 10/88). Ein Süßwarengroßhandel mit 180.000 DM Umsatz und 80 festen, bar zahlenden Kunden benötigte allerdings keinen kaufmännischen Geschäftsbetrieb (OLG Celle, 16.11.1962, Az.- 9 Wx 8/62).

Wer nach Handelsrecht buchführungspflichtig ist, für den definiert § 5 EStG die Übernahme der handelsrechtlichen Werte für Steuerzwecke, falls nicht das Steuerrecht Anderes vorsieht.

Der handelsrechtliche Jahresabschluss besteht für alle Kaufleute aus Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung (§ 242 Abs. 3 HGB). Kapitalgesellschaften und Personengesellschaften, die nach § 264a HGB nur Kapitalgesellschaften als Vollhafter besitzen (KapCo), müssen einen Anhang anfertigen (§ 264 Abs. 1 HGB).

Nach § 5 EStG muss auch bilanzieren, wer noch nicht durch Handelsrecht zum Führen von Büchern verpflichtet wurde. Hierunter fallen *gewerbliche Unternehmer*, wenn sie eins der folgenden Kriterien des § 141 Abgabenordnung erfüllen:

- Umsätze von über 500.000 EUR
- Gewinn von über 50.000 EUR.

Das Überschreiten der Größengrenzen wird vom Finanzamt festgestellt. Nach Feststellung muss die Behörde den Steuerpflichtigen schriftlich auf seine Bilanzierungspflicht hinweisen. Das gilt auch, wenn der Steuerpflichtige bereits freiwillig bilanziert (Dißbars 2013). Die Bilanz muss dann erstmals in dem Jahr erstellt werden, das auf die schriftliche Mitteilung folgt (§ 141 Abs. 2 S. 1 AO). Es bleibt also genügend Zeit, sich vorzubereiten. Die erste elektronisch zu übermittelnde Bilanz bei Wechsel von Einnahmen-Überschuss-Rechnungen auf Betriebsvermögensvergleich ist diejenige auf den ersten Tag des neuen Wirtschaftsjahres (BMF vom 28.9.2011, RN 1). Auch über das Ende der Buchführungspflicht wegen Unterschreiten der Größenklassen wird entsprechend informiert.

Das Finanzamt teilt die Unternehmen im Zusammenhang mit Betriebsprüfungen ebenfalls in größenspezifische Kategorien ein. Die Grundlage hierfür findet sich in § 3 der Betriebsprüfungsordnung von 2000, wird mittels BMF-Schreiben (vgl. BMF-Schreiben vom 22. Juni 2012) umgesetzt und regelmäßig angepasst. Diese Größeneinteilungen unterscheiden sich von den handelsrechtlichen deutlich. So wird in diesem Zusammenhang beispielsweise eine Kleinstgesellschaft definiert, wenn ein Handels- oder Fertigungsbetrieb einen Umsatz unterhalb 170.000,- € oder einen Gewinn unter 36.000,- € erwirtschaftet.

Außerdem fällt unter § 5 EStG, wer als gewerblicher Unternehmer freiwillig Bücher führt und Abschlüsse erstellt.

Mittelständler, die nach Handelsrecht bilanzieren, sehen sich zwei gegenläufigen Trends gegenüber. Einerseits versucht das Handelsrecht, die Bilanzierungspflichten so einfach wie möglich zu halten. Andererseits steigt der Wissensdurst der deutschen Finanzverwaltung.

Einzelkaufleute – auch wenn sie im Handelsregister eingetragen sind – sind handelsrechtlich nach § 241a HGB von der Buchführungspflicht befreit, wenn sie „nicht mehr als 500.000 EUR Umsatzerlöse und 50.000 EUR Jahresüberschuss aufweisen“.

Kleinstbetriebe in der Rechtsform von Kapitalgesellschaften und Personengesellschaften gem. § 264a HGB (beispielsweise die GmbH & Co. KG) sind solche, die an zwei aufeinander folgenden Bilanzstichtagen zwei der drei folgenden Kriterien nicht überschreiten (§ 267a HGB):

- Bilanzsumme von 350.000 EUR
- Umsatz von 700.000 EUR
- Durchschnittliche Arbeitnehmerzahl von 10.

Wer sich so als Kleinstbetrieb einstufen kann, muss aus handelsrechtlichen Gründen nach § 267a Abs. 1 S. 2 HGB nur folgende Positionen in der Bilanz gemäß dem Schema nach § 266 HGB und GuV nach § 275 HGB ausweisen (Tab. 2.1 und 2.2):

Das Handelsrecht begnügt sich bei Kleinstgesellschaften also mit insgesamt 18 Positionen. Außerdem kann der Anhang weggelassen werden. Der Abschluss kann hinterlegt werden und ist damit nicht für jedermann kostenfrei im Internet einsehbar.

Tab. 2.1 Pflichtpositionen der HGB-Bilanz für Kleinstunternehmen

A	Anlagevermögen	A	Eigenkapital
B	Umlaufvermögen	B	Rückstellungen
C	Rechnungsabgrenzungsposten	C	Verbindlichkeiten
D	Aktive latente Steuern	D	Rechnungsabgrenzungsposten
E	Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung	E	Passive latente Steuern

Tab. 2.2 Pflichtpositionen der HGB-GuV für Kleinstunternehmen

1	Umsatzerlöse
2	Sonstige Erträge
3	Materialaufwand
4	Personalaufwand
5	Abschreibungen
6	Sonstige Aufwendungen
7	Steuern
8	Jahresergebnis

Übersteigen solche Gesellschaften zwar die oben genannten Grenzen, bleiben aber bei zwei der drei folgenden Kriterien an zwei aufeinanderfolgenden Bilanzstichtagen unter der Grenze, definiert das Handelsrecht sie als „klein“ – und nicht mehr als „kleinst“:

- Bilanzsumme $\geq 4.840.000$ EUR
- Umsatzerlöse $\geq 9.680.000$ EUR
- Arbeitnehmer ≥ 50 .

Kleine Gesellschaften nach HGB müssen zwar etwas detailliertere Abschlüsse erstellen, aber immer noch weniger preisgeben als mittelgroße oder große – hier steigt die Anzahl der Pflichtposten in Bilanz und GuV auf 38.

Erst wenn diese Kriterien überschritten werden, muss detaillierter bilanziert werden – Gesellschaften gelten im Handelsrecht dann als „mittelgroß“.

Im Rahmen der Offenlegungspflicht greifen auch für mittelgroße Gesellschaften Erleichterungen. Hier ist nur eine verkürzte Bilanz an den Bundesanzeiger zu übermitteln.

Die Hinterlegung oder Offenlegung des Jahresabschlusses beim elektronischen Bundesanzeiger kann über das XML-Format erfolgen – dann sinkt die Einreichungsgebühr. Die Jahresabschlüsse können aber auch über eine Word-, Excel- oder PDF-Datei hochgeladen werden. Außerdem hält der elektronische Bundesanzeiger ein Formular vor, in das die Bilanzdaten direkt eingegeben werden können, sofern der User das wünscht (Abb. 2.1).

Be- reich Auftrags- daten Weitere Auftragsdaten Über- mittlung Über- setzung Ter- min Rechnungs- daten Über- sicht

Wählen Sie zwischen den beiden Möglichkeiten der Datenübermittlung, um Ihren Auftrag fortzusetzen.

Möglichkeit 1: Formular ausfüllen

Sie können das Webformular verwenden. Dies hat für Sie den Vorteil, dass die Veröffentlichung Ihres Jahresabschlusses zum kostengünstigen XML-Preis berechnet wird.

Weiter und Formular ausfüllen ►

Möglichkeit 2: Datei(en) hochladen

Alternativ können Sie Ihre Veröffentlichung als Datei(en) hochladen.

Weiter und Datei(en) hochladen ►

Hilfen zum Webformular

Hier finden Sie eine Übersicht mit wichtigen Hinweisen zur Nutzung des Webformulars.

Hilfen zur Dateiobermittlung

Hier finden Sie wichtige Hinweise zur Vorbereitung und Durchführung der Dateiobermittlung.

Abb. 2.1 Übermittlungsalternative beim elektronischen Bundesanzeiger

Das Handelsrecht dosiert seine Verpflichtungen also nach Größe des Unternehmens und hat in der kürzeren Vergangenheit gerade für Kleinstbetriebe Erleichterungen geschaffen. Ganz anders die Entwicklung bei den Mindestangaben für die Finanzverwal-

tung! Hier gibt es – allen Steuerbürokratieabbaugesetzen und Erleichterungsvorhaben zum Trotz – auch für Kleinstunternehmen keinerlei Erleichterungen. Mit Einführung der E-Bilanz sind deutlich mehr Angaben gefordert als vorher. Das zwingend einzusetzende Format ist XBRL, also ein Format, das vielen Usern keinesfalls geläufig ist. Auch ein Eingabeformular wird seitens des Finanzamts nicht angeboten.

Luft für Bürokratieabbau

Die derzeitige Abgabe der Jahresabschlüsse an zwei Behörden –Finanzamt einerseits und elektronischer Bundesanzeiger andererseits – ist für die meisten Unternehmer unnötige Mehrarbeit. Dadurch werden doppelte Stammdatenpflege, doppelter Übermittlungsaufwand, doppelte Verarbeitungen etc. nötig. Eine technisch dem Autor durchaus realisierbar erscheinende Erleichterung wäre die Einreichung des (umfangreicheren) Datensatzes beim Finanzamt, was dann automatisch einen auf das gesetzliche Mindestmaß verkürzten Jahresabschluss beim Bundesanzeiger veröffentlicht oder hinterlegt. Denn das genutzte Dateiformat ist bereits jetzt bei beiden Institutionen das Selbe.

2.4 Handelsschiffe im internationalen Verkehr (§ 5a EStG)

Betreiber von Handelsschiffen im internationalen Verkehr können ihren Gewinn auf Antrag pauschal nach der Tonnage der Schiffe berechnen. Der Gewinn wird also für Steuerzwecke nicht durch Betriebsvermögensvergleich festgestellt, sondern nach dem Stauraum des Schiffs. Für einige steuerliche Zwecke ist es aber dennoch notwendig, eine Bilanz (je nach Fall auch eine Gewinn- und Verlustrechnung, Ergänzungs- und Sonderbilanzen, und andere mehr) zu erstellen (vgl. BMF-Schreiben vom 12.6.2002, Rz. 36). Diese Rechenwerke (§ 60 Abs. 3 EStDV) müssen elektronisch eingereicht werden (§ 5b Abs. 1 S. 1 EStG). Die Ermittlung der Tonnagesteuer muss nicht elektronisch übermittelt werden (Kaminski 2012).

2.5 Bilanzen in anderen Situationen (nicht Jahresabschluss)

In der Regel erstellen Unternehmen eine Bilanz zum Ende ihres Wirtschaftsjahres. Aber es gibt auch andere Situationen, in denen eine Bilanz benötigt wird. Das Bundesministerium der Finanzen (BMF)-Schreiben zum Thema E-Bilanz vom 28. September 2011 nennt in Randziffer 1 Situationen, welche die Aufstellung einer Bilanz bedingen. Dazu zählen folgende Gelegenheiten:

1. Betriebsveräußerung
2. Betriebsaufgabe,
3. Änderung der Gewinnermittlungsart
4. Umwandlungsfälle.

Bei Personengesellschaften muss auch bei Gesellschafterwechsel eine Bilanz erstellt werden. Das führt unter Umständen dazu, dass in einem einzelnen Wirtschaftsjahr eine Vielzahl von Bilanzen gefordert wird. Auch wenn diese Situationen nicht explizit im BMF-Schreiben genannt werden, fallen die in ihrem Rahmen erstellten Bilanzen wohl doch auch unter die Pflicht der elektronischen Übermittlung (vgl. Althoff et al. 2013, S. 64). Das bedeutet, dass jeweils ein vollständiges Global Common Document (GCD) -Modul und ein GAAP-Modul übermittelt werden muss. Andernfalls droht die Ablehnung durch den Elster Richt Client (ERiC, vgl. Kap. 4.7). Je nach verwendeter Software kommt es zu Redundanzen im Rahmen der E-Bilanz-Erstellung, die sich vermutlich oft nicht vermeiden lassen.

2.6 E-Bilanz-Ausnahmen nur im Härtefall

Manche Unternehmer werden sich fragen, ob es gar keinen Weg um die Strapazen der E-Bilanz herum gibt. Schließlich hält das deutsche Steuerrecht enorme Mengen an Ausnahmeregelungen vor, auch Ausnahmen von einer Ausnahme sind durchaus die Regel. Gibt es ausgerechnet im Bereich E-Bilanz kein Schlupfloch?

Das Schlupfloch heißt „Härtefallantrag“ und ist in den §§ 5b Abs. 2 EStG und 150 Abs. 8 AO geregelt. Der Gesetzgeber toleriert zwar Taxonomien mit über 4.000 Positionen, unbillige Härten für Unternehmer sollen aber vermieden werden. Daher sollen Finanzämter erlauben, dass die Steuerbilanz auf Papier ihren Weg zum Fiskus findet, wenn eine DFÜ-Übermittlung dem Steuerpflichtigen

... wirtschaftlich oder persönlich unzumutbar ist. Dies ist insbesondere der Fall wenn die Schaffung der technischen Möglichkeiten für eine Datenfernübertragung des amtlich vorgeschriebenen Datensatzes nur mit einem nicht **unerheblichen finanziellen Aufwand möglich wäre** oder wenn der Steuerpflichtige nach seinen **individuellen Kenntnissen und Fähigkeiten nicht oder nur** eingeschränkt in der Lage wäre (§ 150 Abs. 8 S. 1 und 2 AO)

Diese Voraussetzungen sieht der Gesetzgeber „insbesondere bei Kleinstbetrieben“ gegeben (vgl. BT-Drs. 16/10940, S. 10).

Ein Antrag muss vorliegen. Der Gesetzgeber schreibt in der Gesetzesbegründung, dass der Unternehmer diesen Antrag auch immer dann stellt, wenn er seine Bilanz wie bisher per Post an das Finanzamt schickt¹. Ein Antrag mit einem gesonderten Schreiben und mit etwas mehr inhaltlicher Begründung ist für einen positiven Antragsbescheid sicherlich nicht hinderlich. Nun fehlen bisher² belastbare Erkenntnisse darüber, wie die Finanzbehörde solche Anträge handhabt. Allerdings wird in der Literatur (vgl. bspw. Althoff et al. 2013, S. 39; Koch et al. 2012, S. 45) bezweifelt, dass Härtefallanträge in vielen Fällen

¹ Deswegen soll die Pflicht, einen Antrag zu stellen, auch keinen Bürokratieaufwand bedeuten – schließlich wurde die E-Bilanz mit dem Steuerbürokratieabbaugesetz verabschiedet!

² Zeitpunkt der Verfassung des Textteils: April 2014.

Erleichterung verschaffen werden. Kleine und Kleinstbetriebe ohne Steuerberater haben wohl noch die höchste Aussicht auf Erfolg mit einem Härtefallantrag.

Chancen werden – zumindest wenn ein Antrag ordentlich begründet ist – auch Unternehmern eingeräumt, die kurz vor der Liquidation oder kurz nach der Gründung stehen.

- Wer für sich hohen Aufwand aufgrund der E-Bilanz fürchtet, der kann mit einem gut begründeten schriftlichen Härtefallantrag wenig verlieren. Dieser Antrag sollte rechtzeitig gestellt werden. Wird ihm stattgegeben, kann der Unternehmer die Bilanz des betreffenden Jahres per Papier einreichen. Wird der Antrag abgelehnt – und graust dem Unternehmer vor weiteren juristischen Kämpfen mit dem Finanzamt – kann die E-Bilanz danach immer noch eingereicht werden. Wichtig ist, diesen Fall mit einzukalkulieren und den Antrag frühzeitig zu stellen, bevor Fristen drohen.

Unternehmen, die Steuerberater mit der Erstellung der Bilanz beauftragen, haben deutlich schlechtere Chancen auf einen erfolgreichen Härtefallantrag. Dem Berufsstand wird zugemutet, dass er die E-Bilanz-Anforderungen bewältigt.

2.7 Zuständiges Finanzamt

Alle Bilanzen bundesweit werden über eine einzige Schnittstelle eingereicht. An der Zuständigkeit des Finanzamts ändert das aber nichts. Beispielsweise sind Härtefallanträge direkt an das aus Zeiten vor der E-Bilanz altbekannte Finanzamt zu senden. Die E-Bilanz-Daten werden nach der Einreichung dem zuständigen Finanzamt weitergeleitet.

2.8 Sanktionen bei Missachtung

Ein Unternehmer, der seine Bilanz per Briefpost zum Finanzamt schickt, wird vom Finanzamt in vielen Fällen darauf hingewiesen werden, dass er die Rechenwerke elektronisch zu übermitteln hat. Was passiert, wenn er das nicht tut?

Das BMF hat angekündigt, dass dann die gleichen Maßnahmen drohen, die greifen würden, wenn die Bilanz überhaupt nicht eingereicht worden wäre (vgl. BMF-Schreiben vom 19. Januar 2010, Rz. 4). Hierbei gilt sogar eine Verschärfung: Da ERiC (vgl. Kap. 4.7) nur rechnerisch richtige und komplette Datensätze annimmt, entspricht seit der E-Bilanz ein unvollständiges Einreichen von Datensätzen vom Tatbestand her den überhaupt nicht eingereichten Bilanzen aus den Zeiten des Papiers. Wenn früher mancher Praktiker ein Feld auslassen konnte, und das auch beim Sachbearbeiter des Finanzamts akzeptiert wurde, wird nun jeder Datensatz nur vollständig und rechnerisch richtig akzeptiert (vgl. BMF vom 31.8.2010, Rz. 10).

Papiereinreichungen oder gescheiterte Online-Übermittlungsversuche können dazu führen, dass Sanktionen festgesetzt werden. Diese dürfen 25.000 EUR nicht überschreiten und müssen – beruhigender für die meisten Praktiker – schriftlich angedroht werden (§§ 329, 331 AO).

Übermittlungspflicht bei Gewinnermittlung nach § 4 Abs. 3 EStG

Wenn ein Unternehmen weder nach Handels- noch nach Steuerrecht zur Buchführung verpflichtet ist und auch nicht freiwillig Bücher führt, dann erfolgt die Gewinnermittlung durch die Einnahmenüberschussrechnung (EÜR) im Sinne des § 4 Abs 3 EStG.

Bei der EÜR wird der Gewinn durch die Errechnung des Überschusses der Betriebseinnahmen über die Betriebsausgaben ermittelt. Eine Bilanz wird nicht erstellt. Folglich greifen auch die Vorschriften zur E-Bilanz nicht.

Dennoch muss auch hier mit der Anlage EÜR ein vom Bundesfinanzministerium vorgeschriebener Datensatz elektronisch übermittelt werden (§ 60 Abs. 4 EStDV). Dies gilt bereits seit dem Veranlagungszeitraum 2011 gemäß § 84 Abs. 3d EStDV. Auch hier profitiert das Finanzamt von einer höheren Detailtiefe, wenn dem amtlichen Datensatz genüge getan wird.

Allerdings ergeben sich hier gegenüber den Bilanzierenden folgende Erleichterungen:

- Die Finanzbehörden stellen im Rahmen ihrer Elster-Software den Vordruck EÜR kostenlos zu Verfügung. Der Unternehmer benötigt nicht zwingend eine eigene Buchhaltungssoftware.
- Es existiert eine Kleinstunternehmererleichterung. Wer unter 17.500 EUR Betriebseinnahmen pro Jahr bleibt, ist von der zwingenden elektronischen Übermittlung des vorgeschriebenen Datensatzes ausgenommen. Einnahmen und Ausgaben können formlos zusammengestellt werden.

Literatur

Abgabenordnung vom 01. Oktober 2002 in der Fassung vom 21. Juli 2012, Aufl. 62, NWB Verlag Herne

Althoff F, Arnold A, Jansen A, Polka T, Wetzel F (2013) E-Bilanz – Grundlagen, Umsetzung, Folgen der Umstellung. Haufe, Freiburg

Bericht des Finanzausschusses (7. Ausschuss) zu dem Gesetzentwurf der Bundesregierung – Drucksachen 16/10188, 16/10579, 16/10665 Nr. 7 – Entwurf eines Gesetzes zur Modernisierung und Entbürokratisierung des Steuerverfahrens (Steuerbürokratieabbaugesetz)

BMF-Schreiben vom 12. Juni 2002, IV A 6 – S 2133a-11/02

BMF-Schreiben vom 19. Januar 2010, IV C 6 – S 2133-b/0

BMF-Schreiben vom 22. September 2011, IV C 6 – S2133-b/11/10009

BMF-Schreiben vom 28. Juni 2012, IV A 4 – S 1450/09/10001

Dißars (2013) in: Schwarz, Abgabenordnung, 141 AO RZ. 39, Stand 11.4.2013

Handelsgesetzbuch vom 10. Mai 1897 in der Fassung vom 06. März 2012, Aufl. 53, Deutscher Taschenbuch Verlag, München

Kaminski in Frotscher, EStG, § 5b EStG, Stand 15.2.2012, Haufe Index 2863146

Koch S, Nagel C, Maltseva N (2012) E-Bilanz – rationell und richtig umstellen. NWB, Herne

Die E-Bilanz in kleinen und mittleren Unternehmen
(KMU)

Feindt, B.J.

2014, XI, 239 S., Softcover

ISBN: 978-3-658-06059-6